



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Klaus Adelt, Inge Aures, Harald Güller, Florian Ritter, Stefan Schuster, Arif Taşdelen, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Ruth Müller** und **Fraktion (SPD)**

Nach der Brandkatastrophe: Die Aufnahme von Geflüchteten aus überfüllten griechischen Lagern wie Moria ist humanitäre Verpflichtung

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene umgehend für die Umsetzung der Koalitionsvereinbarungen vom 8. März 2020 bezüglich Geflüchteter aus griechischen Lagern, insbesondere aus dem Flüchtlingslager Moria auf Lesbos, einzusetzen.
- II. Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene für eine sofortige Regelung zur Aufnahme Geflüchteter aus den griechischen Lagern über die am 8. März 2020 vereinbarte Zahl hinaus einzusetzen.
- III. Wie bereits andere Bundesländer, die bei Bundesinnenminister Horst Seehofer um die Aufnahme von Geflüchteten nachgesucht haben, soll sich auch die Staatsregierung dafür aussprechen, den Bundesinnenminister aufzufordern, die Grundlagen für die Aufnahme von Geflüchteten aus den griechischen Lagern in Bayern zu schaffen. Aufgrund der prekären Situation vor Ort muss dieser Schritt umgehend unternommen werden, unabhängig von den politischen Bemühungen zu einer europäischen Lösung.

Begründung:

Der Koalitionsausschuss der Großen Koalition hat am 8. März 2020 beschlossen, Griechenland bei der schwierigen humanitären Lage durch die Aufnahme von bis zu 1 500 Kindern auf den griechischen Inseln im Rahmen einer europäischen Initiative zu unterstützen. Für Deutschland war dabei die Aufnahme von nur 350 Personen gedacht. Hierbei sollte es sich vorwiegend um behandlungsbedürftige Kinder einschließlich ihrer Kernfamilien oder unbegleitete Minderjährige handeln. Bis Ende August 2020 sollten im Rahmen dieses Programms insgesamt 928 Geflüchtete aus Griechenland in Deutschland aufgenommen werden. Bisher ist aber nur ein Bruchteil von diesen Menschen in Deutschland angekommen.

Demgegenüber bieten Bundesländer wie Berlin, Niedersachsen und Thüringen an, mehr Schutzsuchende aus den griechischen Lagern aufzunehmen. Seither haben auch die Bundesländer Baden-Württemberg, Brandenburg, Hamburg, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz ihre Aufnahmebereitschaft erklärt, wie aktuell auch Nordrhein-Westfalen, das bis zu 1 000 Geflüchtete aus Lesbos aufzunehmen bereit ist.

Bisher sind aber all diese politischen Willenserklärungen an der Blockadehaltung des Bundesinnenministers Horst Seehofer gescheitert. Der Bundesinnenminister argumentiert, dass er „aufgrund des Anwendungsvorrangs der Dublin-III-Verordnung vor nationalen Instrumenten wie dem Paragraphen 23 des Aufenthaltsgesetzes und mit Blick auf

eine bundeseinheitliche Behandlung“ den Gesuchen der Bundesländer nicht zustimmen könne. Diese strategische Verweigerungstaktik auf dem Rücken der Ärmsten widerspricht jeglichem Gedanken von Humanität und kann im Hinblick auf die überfüllten Lager nicht mehr weiter hingenommen werden. Dies gilt umso mehr nach der Brandkatastrophe im dortigen Flüchtlingslager.

Auch in Bayern haben sich zahlreiche Kommunen und Städte zur zusätzlichen Aufnahme von Geflüchteten ausgesprochen. In Bayern haben sich mittlerweile zwölf Städte zu sogenannten Sicheren Häfen für Geflüchtete erklärt und somit ihre Bereitschaft signalisiert, besonders schutzbedürftige Flüchtlinge aufzunehmen. Zu diesen Städten gehören beispielsweise München, Nürnberg, Regensburg, Bamberg, Schweinfurt, Grafting und Erlangen. Hier ist es unerlässlich, dass die Staatsregierung auf den Bundesinnenminister einwirkt, sodass ein Umdenken stattfindet. Eine europäische Lösung ist auch weiterhin erstrebenswert, aber aufgrund der drängenden Situation in den überfüllten Flüchtlingslagern ist eine praktische, sofortige Lösung aus Gründen der Menschlichkeit dringend erforderlich und – zusätzlich zu einer etwaigen europäischen Lösung in der Zukunft – umgehend umzusetzen.